

I. AUSFÜHRUNG DER NICHTIGKEITSBESCHWERDE

II. AUSFÜHRUNG DER BERUFUNG

In bezeichneter Strafsache führe ich zunächst durch meinen bestellten

Verfahrenshelfer die von mir gegen das Urteil des Landesgerichtes Kreis an der Donau als Schöffengericht vom 27.02.2018, 24 Hv 9/17m angemeldeten Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung nach Zustellung der schriftlichen Urteilsausfertigung innerhalb offener Frist wie folgt aus:

I. AUSFÜHRUNG DER NICHTIGKEITSBESCHWERDE:

1. Geltend gemacht wird der Nichtigkeitsgrund des § 281 Abs 1 Zi 4 StPO (unter Mitberücksichtigung der unter 2., 3. und 4. ausgeführten Hintergründe und der Gegenäußerung meiner Tochter zur Anklageschrift).

Durch die Zurechnung zu diversen Gruppen oder Gruppierungen und durch die Bezeichnung, Behandlung und Verurteilung als „Staatsverweigerer“ und der Bezeichnung „notorisch“ bzw. „gerichtsnotorisch“, sowie dem Hinweis, dass durch unsere Verurteilungen „auch andere Mitglieder von staatsfeindlichen Verbindungen von der Übermittlung ähnlicher Schreiben abgehalten werden müssen“ - wir sind weder staatsverweigernd noch staatsfeindlich, ganz im Gegenteil, und gehören keiner Verbindung, Gruppe oder Gruppierung an- wurden Grundsätze des Verfahrens hintangesetzt und unrichtig angewendet, deren Beobachtung durch grundrechtliche (und völkerrechtliche) Vorschriften (EU- Charta Art. 1, 3, 6, 10, 11, 13, 20, 21, 41, 49; EMRK Art. 5, 6, 7, 8, 9, 10, 14, 17; 15/7. 12. Zusatzprotokoll z. EMRK Art 1; UDHR Art. 1, 2, 3, 5, 7, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 20, 21, 22, 27, 28, 29; ICCPR Art. 1, 2, 5, 9, 10, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 26; ICESCR Art. 2, 4, 5, 6, 13, 15; Minderh.Übk. Art. 6, 12; CAT Art. 1, 2, 4, 10, 16) oder/und sonst durch das Wesen eines die Strafverfolgung und Verteidigung sichernden, fairen Verfahrens geboten sind (StPO § 3 (1),(2) Objektivität und Wahrheitsfindung, § 5 (1), (2), Gesetz- und Verhältnismäßigkeit, § 8 Unschuldsvermutung, § 14 Freie Beweiswürdigung, im Zweifel stets zu Gunsten des Angeklagten).

notorisch (Adj.) offenkundig, nicht beweisbedürftig (Juristisches Wörterbuch Köbler); „*Notorisch*“ bedeutet aus dem Lateinischen rückübersetzt „*offenkundig, allgemein bekannt*“ (lat.: *notare* = bezeichnen, durch Zeichen kenntlich machen; *notus* = Notiz), auch „*beharrlich*“ oder „*dauernd*“. Im Markenrecht beschreibt die „notorische Bekanntheit“ etwa eine „höhere Bekanntheit“ von etwa 70%. „*Notorisch*“ ist aber auch ein Beispiel der vielen Worte, die eine Bedeutungswandlung bzw. in diesem Falle gar eine Bedeutungsverschlechterung erfahren haben. „Notorisch“ wurde früher lediglich in der Bedeutung von „weithin“ benutzt, wird meist aber heute meist abwertend im Sinne von „*gewöhnheitsmäßig, berüchtigt*“ gebraucht. „*Notorisch*“ kommt vor allem im Rechtswesen vor, wo er in Konnotation in wie „*notorischer Lügner*“ eine Persönlichkeit bezeichnet, die wiederholt etwas (meist Negatives) tut und bezeichnet Personen, die

„*gerichtsbekannt*“ sind. (Bedeutungswörterbuch). Meine Tochter und ich sind in keiner Weise „gerichtsbekannt“, und sind auch keine „Staatsverweigerer“, oder gar „Staatsfeinde“, sondern empfinden diese Bezeichnungen als grundsätzlich falsch, beleidigend und diskriminierend.

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich der EuGH an der Bestimmung des Art. 4 des 7. Zusatzprotokolls zur EMRK orientiert. Die EMRK sollte als primäre Textvorlage dienen und stand in wesentlichen Teilen der Grundrechtscharta Pate, welche auch durch deren Erwähnung in der Charta bekräftigt wurde – siehe hierzu Grabenwarter/Pabel, EMRK, § 4, Rn 8. Hierzu sei angemerkt, dass Grabenwarter aus Graz derzeit in der Menschenrechtsforschung führend ist.

Zu berücksichtigen sind im Rahmen des Universitätsprinzips die Europäischen Rechtsgrundsätze, wobei die Österreichische Bundesverfassung diese auch innerstaatlich in die Rechtsordnung transformiert hat, wobei auszuführen ist, dass die Grundsätze: *nulla poena sine lege*, *nulla poena sine culpa* und *in dubio pro reo* in Österreich anerkannt sind, und es weiterhin auch in Österreich verboten ist, Menschen oder Menschengruppen aufgrund religiöser oder politischer Anschauungen zu diskriminieren oder zu verfolgen, oder auch andere dazu aufzuhetzen.

Außerdem hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass das Erfordernis einer unionsrechtskonformen Auslegung die Verpflichtung der nationalen Gerichte umfasst, eine gefestigte Rechtsprechung gegebenenfalls abzuändern, wenn sie auf einer Auslegung des nationalen Rechts beruht, die mit den Zielen einer Richtlinie unvereinbar ist (Urteil vom 19. April 2016, DI, C-441/14, EU:C:2016:278, Rn. 33 und die dort angeführte Rechtsprechung).

Folglich darf ein nationales Gericht nicht davon ausgehen, dass es eine nationale Vorschrift nicht im Einklang mit dem Unionsrecht auslegen könne, nur weil sie in ständiger Rechtsprechung in einem nicht mit dem Unionsrecht vereinbaren Sinne ausgelegt worden ist (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 19. April 2016, DI, C-441/14, EU:C:2016:278, Rn.34).

Das Verbot jeder Art von Diskriminierung wegen der Religion oder der Weltanschauung hat als allgemeiner Grundsatz des Unionsrechts zwingenden Charakter. Dieses in Art.21 Abs.1 der Charta niedergelegte Verbot verleiht schon für sich allein dem Einzelnen ein Recht, das er in einem Rechtsstreit, der einen vom Unionsrecht erfassten Bereich betrifft, als solches geltend machen kann (vgl., in Bezug auf das Verbot der Diskriminierung wegen des Alters, Urteil vom 15. Januar 2014, Association de médiation sociale, C-176/12, EU:C:2014:2, Rn.47).

Art.21 der Charta unterscheidet sich in seiner Bindungswirkung grundsätzlich nicht von den verschiedenen Bestimmungen der Gründungsverträge, die verschiedene Formen der Diskriminierung auch dann verbieten, wenn sie aus Verträgen zwischen Privatpersonen resultieren (vgl. entsprechend Urteile vom 8. April 1976, Defrenne, 43/75, EU:C:1976:56, Rn.39, vom 6. Juni 2000, Angonese, C-281/98, EU:C:2000:296, Rn.33 bis 36, vom 3. Oktober 2000, Ferlini, C-411/98, EU:C:2000:530, Rn.50, und vom 11. Dezember 2007, International Transport Workers’ Federation und Finnish Seamen’s Union, C-438/05, EU:C:2007:772, Rn.57 bis 61).

Weiter zu berücksichtigen ist das Kohärenzgebot des Art. 52 Abs 3 GRCh – es regelt das Verhältnis zwischen EMRK und Grundrechtscharta. Der durch die Charta geleistete Schutz darf nicht unter das Schutzniveau der EMRK fallen, sondern geht weiter (Art. 52 Abs 3).

Der Art. 9 Abs 1 BVG normiert ausdrücklich, dass die Allgemeinen Regeln des Völkerrechtes Bestandteil des Bundesrechtes sind. Die herrschende Lehre spricht davon, dass eine generelle

Transformation der anerkannten Regeln des Völkerrechtes, worunter auch das Völkergewohnheitsrecht zu verstehen ist, zu erblicken ist.

Es ist die Absicht des Verfassungsgesetzgebers, diese Regeln des Gesetzgebers in die innerstaatliche Rechtsordnung - QA-Transformation - einzugliedern; dies im Sinne eines Geltungsbefehls – siehe hierzu: Völkerrecht, Band I, herausgegeben von ao. Univ.-Prof. Dr. Stadlmeier, Orac-Verlag, Völkerrecht, Band I, Wien 2015, S) 27.

Was den Kontext des Völkerrechtes zur Einzelperson betrifft, ist auf den Grundsatz der Mediatisierung des Einzelnen durch den Staat zu verweisen. Auch Art. 25 des Bonner Grundgesetzes nimmt darauf ausdrücklich Bezug.

Unabhängig der Vorbehalte in einzelnen Vertragsstaaten gelten nach der Judikatur zur EMRK die materiellen Grundrechte in Österreich unmittelbar für die Einzelperson und sind von innerstaatlichen Instanzen in einem gerichtsförmigen Verfahren im Rahmen der Konvention durchgesetzt worden.

Das Völkerrecht ist allgemein die ranghöhere Norm, wobei auf die obigen Ausführungen zusätzlich zur Bundesverfassung verwiesen wird.

Nach unserem Rechtsverständnis haben wir uns ohne jeglichen finanziellen Bereicherungsvorsatz in sämtlichen Schreiben und Verträgen unsere Souveränität betreffend klar nach anerkannten innerstaatlichen und vor allem den völkerrechtlichen Gesetzen und Verträgen gerichtet und diese angewendet. Eine auch etwas dringlichere Aufforderung an öffentliche Stellen, endlich deren Amtsauskunftspflichten (BVG Art 20 (4), AuskpflG, AuskpflGG, NÖ AuskpflG) nachzukommen, anstatt anerkannte Menschenrechte vollkommen zu ignorieren ist nicht strafbar. Strafbar gemacht haben sich im Gegensatz dazu allerdings die öffentlichen Stellen, nicht nur nach Völker- und Menschenrecht, sondern auch z. Bsp. nach StGB § 203, denn Missbrauch als Element der Tathandlung nach § 302 StGB liegt im vorsätzlichen Fehlgebrauch der einem Beamten eingeräumten Befugnis zur Vornahme eines Amtsgeschäfts in Vollziehung der Gesetze und kann sowohl durch aktives Tun, als auch durch Unterlassen einer Handlung, zu der der Beamte verpflichtet wäre begangen werden. „Die pflichtwidrige Unterlassung, einen Hoheitsakt vorzunehmen oder zu veranlassen (in diesem Falle die konstante Verweigerung der Amtsauskunftspflicht sämtlicher involvierter öffentlicher Stellen), ist der rechtswidrigen Vornahme eines Hoheitsaktes gleichwertig, wenn der Täter gezielt untätig bleibt, um jemandem zu nützen oder zu schaden“ (siehe Bertel in Höpfel/Ratz, WK 2 StGB § 302 Rz 43). Hervorzuheben ist an dieser Stelle vor allem die A/RES 53/144, die Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen.

2. Geltend gemacht wird der Nichtigkeitsgrund des § 281 Abs 1 Zi 5 und 5 a. StPO (unter Mitberücksichtigung der unter 1., 3. und 4. ausgeführten Hintergründe und der Gegenäußerung meiner Tochter zur Anklageschrift).

Der Ausspruch des Schöffengerichtes über entscheidende Tatsachen ist mit sich selbst im Widerspruch, es sind für diesen Ausspruch nur offenbar unzureichende Gründe angegeben und es bestehen erhebliche Widersprüche über den Inhalt der bei den Akten befindlichen Urkunden und

auch über Aussagen und Urkunden und auch den Vernehmungs- und Sitzungsprotokollen selbst, als auch, dass sich aus den Akten erhebliche Bedenken gegen die Richtigkeit der dem Ausspruch über die Schuld zugrunde gelegten entscheidenden Tatsachen ergeben. Der Ausspruch des Schöffengerichtes ist mit sich selbst im Widerspruch, da keinerlei Vorsatz festgestellt werden konnte, und trotzdem eine Verurteilung erfolgte, nun sogar in beiden Anklagepunkten aufgrund Zuordnung zu einer Gruppe oder Gruppierung, „den notorischen Staatsverweigerern“, was den Tatsachen völlig widerspricht, da wir keinerlei Gruppe oder Gruppierung angehören, sondern meine Tochter lediglich ein sogar durchaus kritisches Buch über die verschiedenen Ansichten/ Rechtsvermutungen schreibt, dies wurde von meiner Tochter auch in ihrer Gegenausführung zur Anklageschrift, aber auch in ihrer Erklärung während der Verhandlung versucht, näher darzustellen. Aber schon Zuordnung zu einer Gruppe oder Gruppierung und daraus resultierende Verurteilung bisher völlig unbescholtener, friedlicher Menschen widerspricht nicht nur sämtlichen unter 1. genannten völkerrechtlichen Bestimmungen, sondern ist Verhetzung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, da sich mittlerweile ähnlich geartete Fälle häufen, (bei denen ebenfalls bei den so bezeichneten „Opfern“ nicht der geringste Schaden entstand, und besorgt fragende oder handelnde Menschen als „Staatsverweigerer“ kriminalisiert werden,) es sich in unserem Fall also definitiv nicht um Einzelschicksale handelt. Jeder Fall ist trotzdem einzigartig, ich verweise noch einmal ausdrücklich auf § 3 StPO. Und da hilft es nach 6 Monaten Haft auch wenig, wenn dann bei der zweiten Verhandlung zugegeben wird, dass schwere und grundsätzliche Fehler in der Angelegenheit gemacht worden sind. Weiter bestehen noch immer erhebliche Widersprüche über den Inhalt der bei den Akten befindlichen Urkunden und auch über Aussagen und Urkunden und auch den Vernehmungs- und Sitzungsprotokollen selbst und nicht nur aus den Akten ergeben sich hiermit erhebliche Bedenken gegen die Richtigkeit der dem Ausspruch über die Schuld zugrunde gelegten entscheidenden Tatsachen: Die Zeugen sind alle ihrer Amtsauskunftspflicht nicht nachgekommen und haben stattdessen nicht nur bei Erstattung der Anzeigen wissentlich oder unwissentlich Falschaussagen gemacht, dies ergibt sich zwanglos aus dem Vergleich der unterschiedlichen Aussagen, die Aussage, wir, oder meine Tochter habe gesagt, wir würden Frau Etzenberger (oder auch einen anderen Empfänger) nicht als Amtsträger ansehen ist ebenso grundsätzlich falsch, wie die Behauptung, wir/ meine Tochter hätte gesagt (bei welchem Besuch auch immer), Frau Etzenberger habe nicht das Recht, Steuern einzuheben, oder wir würden jedenfalls nicht mehr bezahlen, oder weitere von der Zeugin vorgebrachte unterschiedliche Formulierungen. So weit mir berichtet wurde, hat meine Tochter ausschließlich Fragen gestellt, bis auf die Feststellung, dass es ihre Hunde sind und nicht meine, und auch das erst bei ihrem zweiten Besuch auf der Gemeinde, nachdem die Rechnungsstellung wieder nicht geändert worden ist. Bei ihrem ersten Besuch ging es nur um Übergabe und die Bitte um eine rechtskräftige Unterschrift auf einer vorbereiteten Empfangsbestätigung für unsere ersten Schriftstücke. Dies wird in der Gegenschrift ausgeführt und wurde sogar ja bei der ersten Verhandlung schon letztendlich nach eindringlicherer Zeugenbefragung eindeutig festgestellt „zur Nichtannahme von §§ 15, 12 zweiter Fall, 302 Abs. 1 StGB hielten die Tatrichter fest, es habe weder in persönlichen Gesprächen noch in den Schreiben eine Aufforderung gegeben, die Einhebung der Kanalgebühren, der Hundeabgabe oder der Grundsteuer zu unterlassen, weshalb versuchte Bestimmung zum Befugnismissbrauch nicht habe festgestellt werden können ((US 15 und 17)“. Auch ich hat meine Tochter während der zweiten Verhandlung bei der Befragung der Zeugen versucht in Kürze zusammenzufassen, inwieweit die Aussagen der Zeugen anhand der Akten voneinander abweichen. Die Zeugen nun im vorliegenden Urteil als „vollkommen glaubwürdig“ zu bezeichnen ist juristisch zumindest äußerst fragwürdig. Ebenso wurde erneut vor Gericht und im Urteil auf den Besuch der Herren vom Verfassungsschutz hingewiesen, die uns ja mitgeteilt hätten,

dass wir uns strafbar gemacht hätten oder machen würden, mit der Frage, warum wir dann weiter geschrieben haben, ohne sich allerdings mit der Frage auseinander zu setzen, warum da schon am 09.03.2017 behauptet wurde, wir hätten Frau Etzenberger oder/und die Stadtgemeinde Gföhl bereits ins amerikanische Schuldenregister eingetragen, und dass dies Erpressung sei, dann plötzlich aus dem Nichts heraus ein 2. Folgebericht erschaffen wird, zu dem nun niemand Angaben zu seiner Entstehung machen kann, und niemand irgendeine Aussage dazu gemacht haben will, der zwar nun als „schwerer Fehler“ bezeichnet wurde, der aber darstellt, dass wir nun am 15.03.2017 eine UCC-Eintragung von Frau Etzenberger und der Stadtgemeinde Gföhl gemacht hätten, und dass man schon daran erkennt, dass uns bestehende Gesetze völlig egal sind, etc.. Wie ebenfalls nicht nur in der Gegenschrift ausgeführt, verlief auch der Besuch der beiden Herren am 09.03.2017 vollkommen anders, als von diesen danach zu Protokoll gegeben, es ist möglich, dies mit Handymitschnitt zum größten Teil zu beweisen. Auf diesem nun als schweren Fehler bezeichneten Folgebericht und eindeutig falschen Angaben basieren allerdings beide Anklagen. Weiter stellt sich die Frage, wo die ganzen ersten Schreiben an Frau Etzenberger hingekommen sind, noch nicht einmal die Briefe mit den Fragen befinden sich in den Akten. Ohne die jeweils ersten Schreiben sind sämtliche weiteren Schriftstücke aus jeglichem Zusammenhang gerissen. Zuletzt muss bemerkt werden, dass die Zusammenfassung des Gerichts, was die Abläufe der „Hundegeschichte“ betrifft, grundsätzlich falsch ist, und leider der erbetene Beweis, der auf der Gemeinde aufliegende Hundeführerschein meiner Tochter nicht beigebracht wurde, die vom Gericht nun angeführten Unterlagen belegen nur, dass die immer wieder erbetene Änderung einfach nicht durchgeführt wurde. Die Zeitangaben, die die ersten Schreiben an den Gemeindeverband betreffen sind ebenfalls falsch im Urteil angeführt, den ersten handschriftlichen Brief an Herrn Wildpert schrieb meine Tochter 2016 nach den ersten Problemen mit Frau Etzenberger.

3. Geltend gemacht wird weiterhin der Nichtigkeitsgrund des § 281 Abs 9 a), b) StPO (unter Mitberücksichtigung der unter 1., 2. und 4. ausgeführten Hintergründe und der Gegenäußerung meiner Tochter zur Anklageschrift),

da durch den Ausspruch über die Frage, ob die dem Angeklagten zur Last fallende Tat eine zur Zuständigkeit der Gerichte gehörige strafbare Handlung begründe, und ob Umstände vorhanden seien, durch die die Strafbarkeit der Tat aufgehoben oder die Verfolgung einer Tat ausgeschlossen ist mehrere Gesetze verletzt und unrichtig angewendet wurden, und das Gericht weiterhin sämtliche objektiven Feststellungen vollkommen ignoriert hat. Feststellungen, die erforderlich wären, um das Vorliegen der vorgebrachten Tatbestandsmerkmale auf der subjektiven Tatseite bejahen zu können konnten vom Gericht nachweislich nicht gemacht werden, die erneute Verurteilung stützt sich wieder nur auf Zuordnung zu einer Gruppe „Staatsverweigerer“, und Feststellung von notorischem Verhalten eben jener Gruppe und ist damit eindeutig diskriminierend und nicht objektiv. Das Gericht hat anhand der Aktenlage schon nachweislich falsche Feststellungen zur Wissenskomponente getroffen, sämtliche Feststellungen zur Wollenskomponente wurden zwar nun nachgeholt, beim Urteil aber völlig außeracht gelassen. Dies bezieht sich sowohl auf den Tatbestandsvorsatz als auch auf den Bereicherungsvorsatz. Auf der inneren Tatseite muss sich der Vorsatz auf die Nötigung und insbesondere auf die Vermögensschädigung beziehen; es genügt bedingter Vorsatz. Darüber hinaus muss der Täter mit dem erweiterten Vorsatz handeln, durch das abgenötigte Verhalten sich oder einen Dritten unrechtmäßig zu bereichern (überschießende Innentendenz). Zum Tatbestandsvorsatz muss daher Bereicherungsvorsatz hinzutreten, wobei auch diesbezüglich bedingter Vorsatz ausreicht

(vgl. Leukauf/Steininger, StGB Kommentar, 4. Auflage, RZ 10 zu 144 StGB). Bedingter Vorsatz liegt gemäß § 5 Abs 1 StGB dann vor, wenn der Täter die Verwirklichung eines Sachverhaltes, der einem gesetzlichen Tatbild entspricht, ernstlich für möglich hält und sich mit ihr abfindet. Der Vorsatz besteht demnach aus einer intellektuellen Komponente (Wissenskomponente) und einer voluntativen Komponente (Willenskomponente). Er wird daher meist auch kurz als Wissen und Wollen der Tatbildverwirklichung definiert. Selbst die Feststellung, dass der Täter die Tatbildverwirklichung (zumindest) ernstlich für möglich gehalten hat, besagt aber nur, dass er die für den bedingten Vorsatz erforderliche Wissenskomponente erfüllt hat, ohne etwas über die gleichermaßen erforderliche Willenskomponente in Ansehung der Tatbildverwirklichung auszusagen (vgl. a.a.O., Randzahl 1 und 16a zu § 5 StGB). Im vorliegenden Fall wurde sowohl die Wissens- als auch die Willenskomponente vom Gericht auch beim aktuellen Urteil vollkommen außeracht gelassen, die Verurteilung erfolgte mit der Begründung, dass alle Staatsverweigerer notorisch so handeln würden und ist damit u.a. eindeutig ein Verstoß gegen Straf- und Völkerrecht (StGB § 283 Verhetzung, § 321a.(4) 2., 3. durch die Verfolgung und Diskriminierung einer von Gerichten und auch öffentlichen Medien als „Staatsverweigerer“ zusammengefassten (objektiv gar nicht bestehenden) Gruppe oder Gemeinschaft unterschiedlichster Menschen; als auch gegen sämtliche hier bereits unter 1. genannten völkerrechtlichen Gesetze und Verträge. Schon auf einer objektiven Ebene ist der festgestellte Inhalt der Schreiben nicht so geartet, dass aus ihnen die ernstzunehmende Absicht der Verwirklichung des angedrohten Übels im wörtlichen Sinne (tatsächliche Eintreibung von Beträgen bis zu 250.000 Euro bzw. 115.000 Euro) zu entnehmen ist, ganz im Gegenteil wird immer wieder auf den Esausegen hingewiesen, darauf, dass niemandem geschadet werden soll und dass es einzig um Rechtssicherheit und um Grund- und Menschenrechte geht. Es wurde keinerlei Zahlungsmöglichkeit angegeben, eine tatsächliche Zahlung damit also von vornherein ausgeschlossen. Nach den AGB hätte nach jedem Versäumnisurteil eine Rechnung geschickt werden müssen, ebenso auch Rechnungen über die wegen der völligen Missachtung der Amtsauskunftspflicht der öffentlichen Stellen uns selber entstandenen Kosten, Rechnungen wurden von uns nachweislich aber niemals geschrieben, da es einzig und allein um die Bestätigung oder Widerlegung unserer Rechtsvermutungen, also um Erkenntnis und Wahrheit ging, um Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse und um die Ausübung und Wahrung von Menschenrechten, um das Ideal von souveränen und friedlichen Menschen in einem souveränen und friedlichen Staat auf einer friedlichen Welt. Auf der Grundlage des festgestellten Sachverhaltes wären wir demnach vielmehr von beiden Anklagen mangels Erfüllung sämtlicher Tatbestandsmerkmale auch auf der subjektiven Tatseite eindeutig freizusprechen gewesen.

Aus Anlass der Nichtigkeitsbeschwerden überzeugte sich der Oberste Gerichtshof, dass den Schuldsprüchen zum Nachteil beider Angeklagten ein Rechtsfehler mangels Feststellungen (Z 9 lit a) anhaftet, der von Amts wegen wahrzunehmen war (§290 Abs 1 zweiter Satz erster Fall StPO).

(Schwere) Erpressung verlangt unter anderem den Einsatz von Gewalt oder gefährlicher Drohung als Nötigungsmittel, wobei vorliegend lediglich eine Drohung mit einer Verletzung am Vermögen in Rede steht. Die rechtliche Annahme der Eignung einer Äußerung, die begründete Besorgnis einzuflößen, der Täter sei willens und in der Lage, das angekündigte Übel herbeizuführen (RIS- Justiz RS0092538, RS0092255 [T1]; Jerabek/ Reindl-Krauskopf/ Ropper/ Schroll in WK 2 StGB § 74 Rz 34 setzt Feststellungen zum Bedeutungsinhalt dieser Äußerung voraus, welche durch die bloße Wiedergabe ihres Wortlauts nicht ersetzt werden können. Dies dient allenfalls der Begründung der

Konstatierungen. Dem angefochtenen Urteil ist – mangels Feststellungen zum Bedeutungsinhalt – nicht mit Bestimmtheit zu entnehmen, welches Übel die Angeklagten den Opfern ankündigten (...). Die bloße Ankündigung der Eintragung einer Forderung in ein amerikanisches Schuldenregister, ohne dieses oder die Folgen einer solchen Eintragung den Opfern gegenüber näher darzustellen, bietet jedoch bei Anlegung des gebotenen objektiv-individuellen Maßstabs (RIS-Justiz RS0092753) keine ausreichende Sachverhaltsgrundlage für die (rechtliche) Annahme der Eignung der inkriminierten Schreiben, eine solche Befürchtung (mit derartigen Abwehrkosten konfrontiert zu sein) oder gar die Besorgnis, die geforderten Summen tatsächlich zahlen zu müssen zu wecken. Der mehrfache Hinweis in den Entscheidungsgründen, die „Gruppierung der Souveränen oder Staatsverweigerer“ und ihre an Behörden gerichtete Schreiben seien „amtsbekannt“, vermag dieses Defizit nicht auszugleichen, weil auch notorische Tatsachen festzustellen sind (RIS-Justiz RS0124169; Ratz, WK-StPO § 281 Rz 348 und 456). (...) Angesichts (...)des Umstands, dass für Erpressung keine Schadensqualifikation besteht, bedarf es konkreter Feststellungen im Einzelfall sowohl zum objektiven Sachverhalt (wirtschaftliche Verhältnisse der Bedrohten) als auch zum darauf bezogenen Vorsatz der Täter (RIS-Justiz RS0094007 (...)).

Das LG Krems hat in Folge zu Recht erkannt, dass nicht festgestellt werden kann, dass es den Angeklagten bei Übermittlung der Scheiben ernstlich darauf ankam oder sie Ludmilla ETZENBERGER und Walter HARAUER dadurch mit der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz oder ihrer gesellschaftlichen Stellung drohen wollten. Es kann auch nicht festgestellt werden, dass sie es ernstlich für möglich hielten und sich damit abfanden eine Verletzung am Vermögen der in den Schreiben genannten, ziffernmäßigen Höhe der Geldforderungen der Ludmilla ETZENBERGER/ des Walter HARAUER zu verursachen (wobei die Höhe der vom LG Krems genannten angeblichen Geldforderungen mit jeweils bis zu 5.000.000,- Euro nicht nachvollziehbar ist). Dabei wurde ausdrücklich betont, dass schon allein der Versuch der Vollstreckung der unberechtigten Forderungen Schädigungen am Vermögen und der Ehre der Opfer auslöst, gleich ob der Versuch erfolgsversprechend ist. Den Schreiben kann jedoch auch nach Auffassung des LG Krems nicht der Bedeutungsgehalt beigemessen werden, dass die Angeklagten ernstlich die Verletzung des Vermögens der Bedrohten im ziffernmäßig genannten Ausmaß der Schadenersatzforderungen in Aussicht stellten, weil für eine derartige Verletzung weitaus mehr Schritte als die bloße Eintragung sowie der Versuch der Vollstreckung (...)nötig geworden wären. Der Erfolg einer allfälligen Eintreibung wäre jedenfalls verschwindend gering (...). Dass das Vermögen der Opfer in einem so großen Ausmaß bedroht worden wäre, wurde von diesen auch nicht so wahrgenommen (...), was zumindest indiziert, dass die Schreiben nicht diesen Bedeutungsgehalt aufweisen. Auch, dass die Angeklagten davon ausgingen, dass eine Vollstreckung der Forderungen tatsächlich gelingen würde und sich ihr Bereicherungsvorsatz daher auf die geforderten Schadenersatzsummen erstreckte, konnte im Zweifel nicht festgestellt werden. Dass die Angeklagten Geld im Fall der tatsächlichen Zahlung an die Kirche gespendet hätten, war offenbar ein Missverständnis, welches in der Hauptverhandlung aufgeklärt werden konnte. Dass die Angeklagten keine Eintragungen ins UCC Schuldnerregister vornahmen, ergibt sich aus der negativen Suchanfrage und dem Aktenvermerk vom 14.2.2018. Sie unternahmen auch keine Vollstreckungsversuche ihrer Forderungen. (wie auch, ohne Rechnung?)

Voraussetzung für die Strafbarkeit als Bestimmung zum Amtsmissbrauch ist in subjektiver Hinsicht, dass der Bestimmende es für gewiss hält, der Beamte werde bei bestimmungsgemäßem Verhalten (zumindest) vorsätzlich seine Befugnis missbrauchen. Hingegen ist nicht erforderlich, dass der

Bestimmende auch weiß, dass der Beamte sich bestimmungsgemäß verhalten werde, der Bestimmende also auch den angestrebten Erfolg seiner Einflussnahme für gewiss hält (RIS-Justiz RS0108964).

Das Verbrechen der Erpressung nach § 144 Abs. 1 StGB begeht, wer jemanden mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, die diesen oder einen anderen am Vermögen schädigt, wenn er mit dem Vorsatz gehandelt hat, durch das Verhalten des Genötigten sich oder einen Dritten unrechtmäßig zu bereichern.

Nach § 15 Abs 1 StGB gelten die Strafandrohungen gegen vorsätzliches Handeln nicht nur für die vollendete Tat, sondern auch für den Versuch und für jede Beteiligung an einem Versuch. Nach Abs 2 dieser Bestimmung ist die Tat versucht, sobald der Täter seinen Entschluss, sie auszuführen oder einen anderen dazu zu bestimmen, durch eine der Ausführung unmittelbar vorangehende Handlung betätigt. Siehe dazu Kommentar zu § 15 StGB: I. Der Versuch eines Vorsatzdeliktes ist strafbar, die Vorbereitungshandlung, falls sie nicht ausdrücklich verpönt ist, in der Regel straflos (...) - Das heißt hier, ohne Rechnung, Mahnungen, Verifizierung der Dokumente wäre gar keine Eintragung im Schuldenregister möglich gewesen, geschweige denn, eine Eintreibung. Dies alles war aber nie geplant, da es uns niemals um Geld ging. Schon Rechnungen mit Angabe einer Zahlungsmöglichkeit wurden nachweislich nie versendet.

II. Der Schluss des Abs 2 betont durch das Wort „unmittelbar“ die (insbesondere auch zeitliche) Nähe zwischen Versuch und Ausführung und soll verhindern, daß der Bereich des Versuches zu weit erstreckt wird. Die Judikatur stellt darauf ab, ob der Täter die entscheidende Hemmstufe vor der Tatbegehung schon überwunden hat („Jetzt tu´ ich es“). - Die entscheidende Hemmstufe wurde hier in keiner Weise überschritten, da nie Geld gefordert wurde (auch wenn die Staatsanwaltschaft dies ständig versucht, anders darzustellen, aber wenn in den AGB unter Punkt 20 angeführt ist, dass nach Rechnungsempfang gezahlt werden soll, und eine Rechnung nachweislich nie geschickt wurde, sowie keine Möglichkeit angegeben wird, die Zahlung überhaupt tätigen zu können ist bei objektiver Betrachtung eine Zahlung ausgeschlossen und es kann demnach auch nicht von „Forderungen“ gesprochen werden).

III. Abs 3 normiert die Strafflosigkeit des absolut untauglichen Versuches, bei dem es von vornherein feststeht, daß es aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht zum angestrebten Erfolg kommen kann (Untauglichkeit des Objekts, des Mittels oder des Subjekts). – Wie unter II. dargestellt konnte es aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen gar nicht zum von der Staatsanwaltschaft fälschlich unterstellten „angestrebten Erfolg“ einer finanziellen Bereicherung kommen, da dies ohne Angabe einer Zahlungsmöglichkeit (Angaben, wohin und wie irgendein Geld oder Silberäquivalent, in welcher Art auch immer gebracht oder überwiesen werden soll) von vornherein bewusst ausgeschlossen war.

Eine gefährliche Drohung ist nach der Legaldefinition des § 74 Abs 1 Z 5 StGB eine Drohung mit einer Verletzung an Körper, Freiheit, Ehre, Vermögen oder des höchstpersönlichen Lebensbereiches (...), die geeignet ist, dem Bedrohten mit Rücksicht auf die Verhältnisse und seine persönliche Beschaffenheit oder die Wichtigkeit des angedrohten Übels begründete Besorgnisse einzuflößen, (...). Die Eignung, begründete Besorgnisse einzuflößen, ist unter Zugrundelegung eines objektiven Maßstabes zu beurteilen; daher ist zu untersuchen, ob bei unbefangener Erwägung aller Umstände der Bedrohte den wirklichen Eintritt des angeordneten Übels erwarten musste (RIS-Justiz RS0092255). - Unter Zugrundelegung eines objektiven Maßstabes musste kein Bedrohter den wirklichen Eintritt des Übels erwarten, ganz im Gegenteil, war der wirkliche Eintritt irgendeines Übels ohne Rechnung und Angabe von Zahlungsmöglichkeiten von vornherein ausgeschlossen, allerdings

wäre es dazu erforderlich gewesen, die von uns versendeten Schriftstücke auch tatsächlich zu lesen, nicht, wie zumindest von den Zeugen zugegeben, höchstens zu überfliegen. Wären die Empfänger ihrer Amtsauskunftspflicht nachkommen, oder hätten es zumindest versucht, oder hätten wenigstens mitgeteilt, dass sie unsere Fragen nicht beantworten können, z. Bsp. weil sie gar nicht wissen, um was es überhaupt geht, oder hätten die Empfänger auch nur irgendeine (menschliche) Reaktion gezeigt, wäre es gar nicht zu weiteren Briefen gekommen. Wenn allerdings den eigenen öffentlichen Pflichten in keiner Weise nachgekommen wird, sämtliche substanziellen, höchst besorgten Fragen bzw. Rechtsvermutungen völlig ignoriert werden und uns darauf noch Herren vom Verfassungsschutz aufsuchen, die sich, anstatt endlich Antworten zu geben, beweisbar eindeutig beleidigend und diskriminierend verhalten und dann noch in Verbindung mit nachweislich falschen Vorwürfen gefährliche Drohungen nach der Legaldefinition des § 74 Abs 1 Z 5 StGB ausstoßen, (die dann später unter nachweislich falscher Anklage und Haftbefehl auch in die Tat umgesetzt wurden), hebt dies nicht das Vertrauen in einen so genannten Rechtsstaat. Dazu erwähne ich hier neben der Amtsauskunftspflicht und diversen völkerrechtlichen Verträgen auch z. Bsp. das PStSG § 7 Den Organisationseinheiten gemäß § 1 Abs. 3 obliegen zur Vorbeugung verfassungsgefährdender Angriffe, (...) die Förderung der Bereitschaft und Fähigkeit des Einzelnen, sich über eine Bedrohung seiner Rechtsgüter Kenntnis zu verschaffen und Angriffen entsprechend vorzubeugen; das SPG § 25 (1) Den Sicherheitsbehörden obliegt zur Vorbeugung gefährlicher Angriffe gegen Leben, Gesundheit und Vermögen von Menschen die Förderung der Bereitschaft und Fähigkeit des Einzelnen, sich über eine Bedrohung seiner Rechtsgüter Kenntnis zu verschaffen und Angriffen entsprechend vorzubeugen; § 26 Um gefährlichen Angriffen auf Leben, Gesundheit oder Vermögen von Menschen vorzubeugen, haben die Sicherheitsbehörden auf die Beilegung von Streitigkeiten hinzuwirken. Kann die Streitigkeit nicht beigelegt werden, so haben die Sicherheitsbehörden auf eine sonst mögliche Gefahrenminderung hinzuwirken; und 18/1/1. RLV § 5 (1) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben alles zu unterlassen, das geeignet ist, den Eindruck von Voreingenommenheit zu erwecken oder als Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes, der Rasse oder Hautfarbe, der nationalen oder ethnischen Herkunft, des religiösen Bekenntnisses, der politischen Auffassung oder der sexuellen Orientierung empfunden zu werden.

4. Geltend gemacht wird der Nichtigkeitsgrund des § 281 Abs 1 Zi 11 StPO (unter Mitberücksichtigung der unter 1., 2. und 3. ausgeführten Hintergründe und der Gegenäußerung meiner Tochter zur Anklageschrift).

Das Schöffengericht hat bei dem Ausspruch über die Strafe für die Strafbemessung maßgebende entscheidende Tatsachen offenbar unrichtig beurteilt und in unvertretbarer Weise gegen Bestimmungen über die Strafbemessung verstoßen, siehe Kommentar zu § 1 StGB: ...enthält den Grundsatz des Typenstrafrechts (nullum crimen sine lege und nulla poena sine lege). Durch Analogie, Größenschluss und Gewohnheit dürfen daher weder neue Tatbilder und Strafandrohungen noch neue vorbeugende Maßnahmen geschaffen werden und Kommentar zu § 4 StGB: Das österreichische Recht ist ein Schuldstrafrecht. Eine Tat ist demnach nur strafbar, wenn das tatbildmäßige Verhalten dem Täter zum Vorwurf gemacht werden kann. Daraus ergibt sich, dass nicht bestraft werden kann, wer ohne Schuld handelt, und dass das Ausmaß der Strafe das der Schuld nicht übersteigen darf.

Siehe weiter Kommentar zu § 5 StGB: Abs.1 definiert im ersten Halbsatz den direkten Vorsatz, im zweiten Halbsatz den bedingten Vorsatz (Eventualvorsatz) und grenzt diesen von der bewussten Fahrlässigkeit ab. Der bedingt vorsätzlich Handelnde nimmt die von ihm erkannte Möglichkeit des Erfolgeintrittes hin, der bewusst fahrlässig Handelnde würde bei Gewissheit des Erfolgeintritts von der Handlung abstehen. Abs 2 umschreibt die schwerste Form des Vorsatzes, die Absichtlichkeit, Abs 3 sagt aus, dass dort, wo das Gesetz auf der inneren Tatseite Wissentlichkeit verlangt, der Eventualvorsatz nicht hinreicht. Wer in einem Tatirrtum (Tatbildirrtum) handelt, z. Bsp. Die einem anderen entzogene Sache irrtümlich für seine eigene hält, ist mangels Vorsatzes nicht strafbar.

Zusätzlich mit Hinweis auf Kommentar zu § 16 StGB: Freiwilliger Rücktritt vom beendeten und unbeendeten Versuch stellt den Strafaufhebungsgrund nach § 16 her. Beim unbeendeten Versuch genügt die Unterlassung weiterer Ausführungshandlungen, beim beendeten Versuch muss die Vollendung durch einen actus contrarius abgewendet werden.

Das Gericht hat (wie unter 3. hier aus dem Urteil auch zitiert) eindeutig festgestellt, dass kein Vorsatz zur Bereicherung bei beiden Angeklagten nachgewiesen werden kann. Das Gericht hat weiter bereits zugegeben, dass in dem ganzen Verfahren schwere Fehler zu Ungunsten der Angeklagten gemacht wurden (angefangen über die konstante Behauptung erstmals seit 09.03.2017 (N113) bis zum 27.02.2018, Frau Etzenberger oder/und die Stadtgemeinde Gföhl seien von den Angeklagten als Schuldner ins UCC Financing Statement eingetragen worden, bis zu den bis zum heutigen Tag verschwundenen ersten Briefen (auch die mit den Fragelisten)). Eine Verurteilung aufgrund der Darstellung von potentiellen Folgen, die eine (von uns nachweislich gar nicht vorgenommene und auch nicht geplante) Eintragung im amerikanischen Schuldenregister im schlechtesten Fall haben könnte, ohne den während der Verhandlung festgestellten fehlenden Vorsatz zu berücksichtigen, erneut einzig mit Hinweis auf die „notorischen Staatsverweigerer“, ist in unvertretbarer Weise ein Verstoß gegen die Bestimmungen über die Strafbemessungen. Bei objektiver Betrachtung hat das Gericht in der ersten Verhandlung nach eingehender Befragung der Zeugen bereits festgestellt, dass sich tatsächlich „die Feststellungen zum Freispruch auf die sich im Akt befindlichen Schriftstücke, den Aussagen der beiden Zeugen Ludmilla Etzenberger und Gerhard Wildpert und der Verantwortung der beiden Angeklagten gründen. In keinem der sich im Akt befindlichen Schriftstücke war eine Aufforderung zur Unterlassung der Einbringung der Kanalgebühren, der Hundeabgabe oder der Grundsteuer ersichtlich. Auch gaben die beiden Zeugen Ludmilla Etzenberger und Gerhard Wildpert in der Hauptverhandlung übereinstimmend an, dass es auch in persönlichen Gesprächen eine solche Aufforderung nie gegeben habe, es sei lediglich immer nur gefragt worden, woher man die Berechtigung zur Einhebung habe, und dass man als Amtsperson nicht anerkannt werde“. (Dabei ist noch zu bemerken, dass es nie um eine Nicht- Anerkennung als Amtsperson ging, so etwas wurde definitiv niemals gesagt, und dem widerspricht ja schon klar die mehrfache Aufforderung, der Amtsauskunftspflicht endlich nachzukommen, und auch nicht, woher man die Berechtigung zur Einhebung habe, wie mir berichtet wurde ist dies ist eine völlig unzureichende und auch falsche Zusammenfassung der Fragen meiner Tochter). Es handelte sich hiermit also keineswegs um einen Subsumptionsfreispruch, sondern alle Tatsachenfeststellungen belegen unsere Unschuld eindeutig. Die völlig aus dem Kontext der vorherigen (zum Teil angeblich nicht auffindbaren) Briefe gerissene Formulierung, die die Staatsanwaltschaft bei der zweiten Verhandlung vorbrachte, kann mindestens bei Betrachtung des Gesamtzusammenhanges in keiner Weise als Bestimmung zum Amtsmissbrauch angesehen werden, im ungünstigsten Fall müsste hier höchstens von einem Tatirrtum (Tatbildirrtum) ausgegangen werden. Es ging niemals um „Einsparung“ der Steuern, sondern nur endlich um

Amtsauskunft, Rechtssicherheit und um Herstellung oder Wiederherstellung von demokratischen und rechtsstaatlichen Zuständen, und um die Wahrung und Ausübung von Menschen- und Völkerrecht, wie meine Tochter auch bei der zweiten Verhandlung, soweit es ihr von der Richterin gestattet wurde, versucht hat anhand der genannten Gesetze und Verträge darzustellen, leider durfte sie die Zusammenhänge, Herleitungen und Motive nicht noch etwas näher erläutern, diese sind aber auch in meinem Rechtsverständnis ganz klar nach den Zielen und Vorgaben der Vereinten Nationen und dienen dem Weltfrieden und einer besseren Zukunft für alle Menschen. Bei der Anklage wegen Erpressung hätte bei objektiver Betrachtung zumindest ein freiwilliger Rücktritt vom unbeendeten Versuch erkannt und festgestellt werden müssen, und stellt ebenfalls, wie hier bereits dargestellt, wegen der Begründung des „notorischen Staatsverweigerers“ nicht nur einen Verstoß gegen anerkannte Völkerrechte dar.

II. AUSFÜHRUNG DER BERUFUNG

Das Erstgericht hätte bei richtiger Einschätzung der Strafbemessungsgründe wenn überhaupt, mit einer niedrigeren Freiheitsstrafe das Auslangen finden können und müssen. Zum Zeitpunkt der ersten Hauptverhandlung haben beide lebenslang unbescholtenen Angeklagten bereits über einen Zeitraum von bereits einem Monat erstmals das Haftübel verspürt. So hätte die gesamte verhängte Freiheitsstrafe entweder zur Gänze bedingt nachgesehen werden müssen, oder hätte zumindest nur der bereits durch die Untersuchungshaft verbüßte erste Monat der Freiheitsstrafe unbedingt ausgesprochen werden dürfen, da ein darüber hinausgehender auch nur teilweiser Vollzug der Freiheitsstrafe von insgesamt 6 Monaten weder aus generalpräventiven, noch aus spezialpräventiven Gründen nachvollziehbar und erforderlich war, schon gar da bekannt ist, dass ich selber noch nicht einmal einen Computer anschalten, geschweige denn mit diesem umgehen kann.

Ich stelle daher nachstehenden

Antrag:

1. Der Oberste Gerichtshof möge in Stattgebung der Nichtigkeitsbeschwerde das angefochtene Urteil des Landesgerichtes Krems an der Donau als Schöffengericht vom 27.02.2018, 24 Hv 9/17m, aufheben und in der Sache selbst erkennen, dass ich von beiden gegen mich erhobenen Anklagepunkten gemäß § 259 Abs. 3 StPO freigesprochen werde.